Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 31 (1952)
Heft: 8-9

Buchbesprechung: Hinweise auf Zeitschriften
Autor: Stössinger, Felix

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 12.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Schlußbemerkung der Redaktion

Seit Jahr und Tag trägt unsere Zeitschrift auf ihrem Umschlag den Vermerk: «Die von den Mitarbeitern der ‚Roten Revue' vertretenen Ansichten und Werturteile sind nicht unbedingt auch diejenigen der Redaktion.» Im Sinne dieses Vorbehaltes, der — im Rahmen des zur Verfügung stehenden Raumes — die Freiheit grundsätzlicher Aussprache unter Genossen gewährleisten soll, nimmt die Redaktion bei polemischen Auseinandersetzungen weder für den einen noch für den andern Autor Partei; sie bemüht sich vielmehr, eine ähnliche Haltung zu bewahren, wie sie etwa der Leiter einer kontradiktorischen Versammlung den Votanten gegenüber einzunehmen hat.

Da die auf dem Umschlag angebrachte Bemerkung von manchen Lesern jedoch übersehen wird und da sie in den gebundenen Jahrgängen (infolge Entfernung des Umschlages) nicht mehr figuriert, möge sie nun einmal auch im Text der Zeitschrift erscheinen.

Ausnahmsweise erklärt der Redaktor expressis verbis, daß er weder mit dem Standpunkt von C. Miville noch mit demjenigen von N. Moszkowska identifiziert zu werden wünscht, weil ihm beide Autoren mehr oder weniger einseitige Aspekte der Wirklichkeit vor Augen zu haben und nur Teile der komplexen Wahrheit auszusprechen scheinen. *V. G.*

Hinweise auf Zeitschriften

Krise der Demokratie

Die Krise der bürgerlichen Demokratie besteht darin, daß ihre nichtökonomischen Institutionen das gesellschaftliche Geschehen nicht mehr erfassen können, weil dieses vor allem aus dem Zusammenwirken ökonomischer Kräfte besteht. Die Gesellschaft trägt die parlamentarische Institution wie ein Riese seinen Kinderanzug. Der größte Teil des Körpers, der größte Teil der Gesellschaft befindet sich nicht mehr in diesen Formen, denen sie entwachsen ist. Auf diese Tatsache reagiert der Bolschewismus, um im Vergleich zu bleiben, mit der Abschaffung der Kleider, statt mit ihrer Ergänzung, ihrem neuen Zuschnitt, oder mit ihrem Ersatz durch eine Zwangsjacke. Die Einsicht, daß neue Formen geschaffen werden müssen, die die dynamischen Kräfte der heutigen Gesellschaft erfassen, damit sie sich weder verlaufen noch explodieren, müßte jeder Diskussion über die Krise der Demokratie zugrunde liegen.

Die Frage wird von dem Freiburger Völkerrechtslehrer Professor Wilhelm Grewe im *Monat* (36) unter dem Titel *Parteienstaat — oder was sonst?* untersucht, aber negativ beantwortet. Es gibt also nichts sonst! Grewe setzt sich mit dem sogenannten Einparteienstaat auseinander, prüft die Möglichkeiten eines Zweiparteiensystems in Deutschland nach englischem Vorbild und nimmt mit erfreulicher Entschiedenheit gegen den «geradezu traditionellen politischen Denkfehler» Kontinentaler Stellung, englische Einrichtungen, womöglich mißverstandene, aus ihren realen Voraussetzungen herauszulösen und auf kontinentale, andersartige Verhältnisse zu übertragen. So sieht Grewe nur noch eine Institution, die die Form des parlamentarischen Parteienstaates durch eine andere ersetzen könnte, und zwar das «ständische» Wirtschaftsparlament, das seiner Ansicht nach

durch Artikel 165 der Weimarer Verfassung als Reichswirtschaftsrat geschaffen worden sei und vollständig versagt habe. Ob dieses Versagen so vollständig war, bleibe dahingestellt; die Forderung des *Deutschen Gewerkschaftsbundes* in einer Denkschrift vom März 1950 «Zur Neuordnung der deutschen Wirtschaft», mit der sich Grewe auseinandersetzt, einen *Bundeswirtschaftsrat* zu bilden, läßt darauf schließen, daß die Arbeiterbewegung mit diesem vorläufigen Reichswirtschaftsrat gute Erfahrungen gemacht hat.

Und doch ist dieser Aufsatz des Freiburger Universitätslehrers vor allem gekennzeichnet durch seine Unkenntnis der Materie. Grewe hat offenbar keine Ahnung, daß der Reichswirtschaftsrat die parlamentarische Krönung des sozialistischen *Zweikammersystems* bildet, also daß er das Parlament des allgemeinen Wahlrechts nicht ersetzen, sondern ergänzen soll und zur Konzeption der sozialistischen Demokratie der *Sozialistischen Monatshefte* gehört, die 1918 in den Kampf: für oder gegen die Wahl zur Nationalversammlung mit dem Programm eines zweiten Parlaments, der *Kammer der Arbeit*, eingriffen — was also mit «Ständen» nicht das mindeste zu tun hat — und der Nationalversammlung den von Professor Grewe zitierten Artikel der Weimarer Verfassung abgerungen haben, der freilich, da er nur «vorläufig» die Spitze des ökonomischen Aufbaues vorsah, ohne das Gebäude selbst zu errichten, die Idee ihres Inhalts beraubte. Daß der Ursprung des von ihm bekämpften Systems Grewe unbekannt ist, wäre bedeutungslos, wenn ihm nur sein Inhalt und seine Absicht bekannt wären. Leider ist das nicht der Fall, und daher erklärt er ein «Experiment», das nicht stattgefunden hat, für gescheitert, Gegeneinwände für unwiderlegt, da er ihre Widerlegungen offenbar nicht kennt, wie überhaupt die Zentrierung des Problems auf den «Parteienstaat» nur eine der vielen Konsequenzen der sozialistischen Demokratie behandelt, aber an ihrer eigentlichen Aufgabe vorbeigeht, Selbstverwaltungskörper der Wirtschaft zu bilden, die zu Staatsorganen werden, wodurch das Eigentum aufhört, privat zu sein. Da der Deutsche Gewerkschaftsbund in seiner Denkschrift aufs neue versucht, die Trennung zwischen Wirtschaft und Staat zu überbrücken, was die Aktualität dieses Problems beweist, ist es bedauerlich, daß eine so wichtige Frage in einer solchen Verzerrung dargestellt wird. Ein Leserbrief im *Monat* (38) versichert im Widerspruch zu Grewe, daß Deutschland solchen «Ständekammern» nicht mehr ausweichen kann; auch hier bedient sich die Zustimmung des irreführenden Terminus «Stände», den man auf Produktionsgruppen unmöglich anwenden kann; oder gehören Chemie- und Textilwerke verschiedenen Ständen an? Auch der Versuch Titos, Wirtschaftsparlamente zu schaffen, beweist, daß sich geniale Ideen durch die Logik der Dinge durchsetzen.

Die Frage, ob Probleme unserer Zeit mit demokratischen Methoden gelöst werden können, ist positiv zu beantworten. Diese Frage bildet das Diskussionsthema der Diskussionszeitschrift *Confluence*, einem «internationalen Forum» laut Untertitel, dessen Leiter *Henry A. Kissinger* die kontradiktorischen Diskussionen der Harvard Summer School in Massachusetts zwischen Europäern, Amerikanern, Asiaten in Zeitschriftenform fortsetzt. Die europäischen Beiträge sind mehr historisch, die amerikanischen weltpolitisch. Das Hauptproblem der Demokratie: die Bildung von Institutionen, die im Gegensatz und zur Ergänzung der parlamentarischen Legislative die Produktion als solche repräsentieren, wird von keinem der Autoren berührt. Die Tatsache, daß das heutige Parlament allein den Aufgaben der Wirtschaftsdemokratie nicht gewachsen ist, liegt allen Diskussionen über die Krise der Demokratie zugrunde.

Die Erneuerung Frankreichs

Mit überzeugenden Zahlen hat Heinz Abosch in der *Roten Revue* (4) die Stagnation des französischen Kapitalismus und den Schrumpfungsprozeß des Reallohnes der französischen Lohnklasse nachgewiesen. Mit diesem unbestreitbaren, politisch verhängnisvollen Zustand befassen sich französische progressive Zeitschriften dauernd, und aus

ihnen erfährt man auch, daß sich das Land geistig aus dem Sumpf herausarbeitet, in den es durch eine Verflechtung historischer, geographischer, produktioneller und politischer Kräfte geraten ist. Ein neuer Auftrieb ist in der französischen Ökonomie unverkennbar, zunächst vor allem in der Union Française, in der, wie in *Hommes et Mondes* (71) Thierry Maulnier schreibt, ein außerordentlicher Aufschwung herrscht, die Städte verdreifachen, verzehnfachen sich, Docks, Fabriken, Staudämme schießen aus der Erde, denn das Kapital sucht Anlagemöglichkeiten außerhalb eines möglichen Kriegsschauplatzes. Auch das Problem der Produktivität wird heute von «ganz» Frankreich besprochen und durchdacht. Der Aufsatz «La ‚croisade' pour la productivité» von Bernard Jarrier in *Esprit* (2) bringt überzeugende Beweise für die heilsamen Folgen höchster Produktivität in der amerikanischen und für die Schäden unzulänglicher Produktivität in der französischen Ökonomie. Daß hier ein schweres Versagen der französischen Bourgeoisie vorliegt, die ihren von Marx überschwänglich gerühmten historischen Auftrag der Entfesselung der Produktivkräfte längst im Stiche ließ, wird ihr schonungslos von der amerikanischen vorgeworfen, auch von amerikanischen Autoren in England, zum Beispiel von David C. Williams in *The Twentieth Century* (894), der die industrielle Revolutionierung Frankreichs fordert. Das große amerikanische Magazin *Fortune* (April) hat einen französischen und einen sehr kritischen amerikanischen Beitrag über die Situation und die Aufgabe des französischen Arbeitgebers gebracht.

In Frankreich verkennt man die Notwendigkeit einer Umwandlung von Grund auf nicht, laboriert aber am circulus vitiosus, daß die ökonomischen Verhältnisse 5 Millionen Franzosen veranlassen, bolschewistisch zu wählen, ohne der bolschewistischen Ideologie anzugehören oder sie zu durchschauen, die bolschewistische Gewerkschaft aber, seit der Ausschaltung ihrer Partei von der politischen Macht, im Gegensatz zu früher, kein Interesse mehr an der Stärkung der Produktionskräfte hat. Ein Sonderheft der sehr guten und von bestem Willen geleiteten Monatsschrift *Fédération* (9. Jahrgang, Heft 89) ist den *Problèmes humains dans l'Industrie* gewidmet. Es will die besondere französische Aufgabe klären, in der Weltwirtschaft neue Produktionsformen zu schaffen, ohne sich der diktatorialen Planwirtschaft zu verschreiben oder im Dschungel der liberalistischen Konkurrenzfreiheit zu verkommen. Es muß eine dem französischen Menschen entsprechende Abweichung vom Dirigismus und vom amerikanischen Pseudoliberalismus gefunden werden. Unter den zehn Beiträgen ist die Studie des Marxforschers Michel Collinet: «Continuité et Mutation du Syndicalisme Ouvrier» geschichtlich wie durch ihre Folgerungen bemerkenswert. Die internationale Gewerkschaftsbewegung bekämpfte schon 1911 durch Griffuelhes und 1912 durch Merrheim die produktionelle Stagnation des französischen Kapitalismus. Die französische Arbeiterklasse müsse aus ihrem zwingenden Interesse an gesteigerter Produktion, um höhere Löhne, geringere Unkosten, niedrige Preise kämpfen und es in ihrer gewerkschaftlichen Arbeit zum Ausdruck bringen. Collinet fordert für die Arbeiter den Kampf um ihr Recht auf höhere Produktivität und höhere Verantwortung im Produktionsprozeß, verspricht sich aber zuviel von den Betriebskomitees, denn die Steigerung der Produktivität durch die gesamte Wirtschaftspolitik kann nicht in den Betrieben erfolgen, wo nur betriebliche Verbesserungen in Frage stehen, sondern bedarf, um Einfluß auf den gesamten Produktionsprozeß zu haben, der *Produktionsparlamente*, um die ja, wie oben erwähnt, der Deutsche Gewerkschaftsbund den Kampf wieder aufgenommen hat. Auch Louis Salleron wünscht in seinem Beitrag über die französische und die amerikanische Arbeitgeberschaft, daß die französische Gewerkschaft sich ihrer politischen und ökonomischen Aufgaben klarer bewußt werde, da das Patronat der Verantwortung für die Erneuerung der Wirtschaft nicht mehr gewachsen ist. Daß zum Problem der Produktivität auch die menschliche, individuelle Behandlung des Arbeiters gehört, liest man in einem Artikel «The human factor in Industry» von dem letzten Arbeitsminister Labour's, Alfred Robens, im *Socialist Commentary* (16). *Felix Stössinger.*